



### WIRTSCHAFT

## Landesregierung schießt Geld für Förderung nach – aber 2000 Unternehmen gehen leer aus

Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann bekommt für den völlig überzeichneten Fördertopf für Unternehmen zusätzliches Geld – alle Unternehmen, die Anträge im Programm „Neustart Niedersachsen“ gestellt haben, werden aber nicht profitieren. Rund 2000 Unternehmen dürften leer ausgehen. Am Dienstag entschied das Kabinett, dass das Wirtschaftsministerium zusätzliche 200 Millionen Euro aus dem Corona-Sondervermögen bekommt. Zusätzlich knapp 150 Millionen Euro muss das Ministerium aus eigenen Töpfen abziehen, die nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Damit stehen jetzt insgesamt knapp 800 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Unternehmen heißt das: Von den etwas mehr als 9000, die Anträge auf Investitionshilfe gestellt haben, können 6900 eine Förderung erhalten. Alle Unternehmen, die nach dem 27. November ihren Antrag gestellt haben, können nicht mehr bedacht werden. Ursprünglich lief die Antragsfrist bis zum 30. November. Die Anträge auf Innovationshilfe sollen nicht betroffen sein, hier sollen alle Berechtigten ihre Förderung erhalten. Geplant ist auch ein sogenannter „vorzeitiger Maßnahmenbeginn“: Unternehmen könnten dann schon mit ihren Projekten starten, bevor sie den Förderbescheid in den Händen halten. Bevor das möglich ist,

ist aber noch eine Zustimmung des Haushaltsausschusses im Landtag in der kommenden Woche nötig.

Das Wirtschaftsministerium war in Not geraten, nachdem Ende November insgesamt fast 10.000 Anträge im Wert von 1,2 Milliarden Euro vorlagen. Im Topf waren aber nur 560 Millionen Euro. Dass es zu einem ernstem Problem kommen könnte, wurde N-Bank und Wirtschaftsministerium vor allem ganz zum Schluss deutlich. In der letzten Woche vor Ablauf der Antragsfrist wurden in beiden Programmen nochmal so viele neue Anträge eingereicht wie in den neun Wochen zuvor. „Die Unternehmen haben uns sprichwörtlich überrannt“, sagte Wirtschaftsminister Bernd Althusmann am Dienstag. Mitte Dezember gab es deshalb einen Bewilligungsstopp, und dann passierte erst einmal wochenlang nichts, während man sich in den Unternehmen fragte, was denn nun eigentlich mit den Anträgen geschehen sei. In der vergangenen Woche platzte dann auch Wirtschaftspolitikern in der SPD-Landtagsfraktion der Kragen. Fraktionsvize Christos Pantazis mahnte an, eine Lösung zu finden und den Bewilligungsstopp schnellstens aufzuheben. Mit der Entscheidung des Kabinetts sei er nun zufrieden, sagte Pantazis dem Politikjournal Rundblick. Er hätte sich allerdings schneller eine Lösung gewünscht. Kritik übte er an den fehlenden Kriterien bei der Förderung. Pantazis' Meinung nach wäre es sinnvoller gewesen, sich bei der Auszahlung zum Beispiel an Kriterien wie Beschäftigung oder Klimaschutz zu orientieren, anstatt nach einer reinen „Stichtagsregelung mit der Gießkanne“ vorzugehen.



Die Unternehmen haben uns sprichwörtlich überrannt.

Auch FDP-Fraktionsvize Jörg Bode monierte die zeitliche Verzögerung. „Die Landesregierung hat sich viel zu lange Zeit gelassen, um das vom Wirtschaftsministerium ausgelöste Desaster um die Förderprogramme zu beheben“, sagte Bode dem Rundblick. Viele Unternehmen, die auf die Versprechungen vertraut hätten und finanziell in Vorleistung gegangen seien, blieben nun auf der Strecke. Die Fraktion erreichten zudem Hinweise, dass Antragsteller bei anderen Förderprogrammen jetzt leer ausgehen sollten. „Das kann natürlich nicht richtig sein. Man kann jetzt nicht bei anderen Wirtschaftshilfen ebenfalls Erwartungen enttäuschen“, sagte Bode und kündigte eine genaue Prüfung im Haushaltsausschuss an. Trotz aller Schwierigkeiten durch den massiv überzeichnete Fördertopf sieht Wirtschaftsminister Bernd Althusmann das große Interesse an dem Fördertopf auch als Zeichen dafür, dass die Wirtschaft Zuversicht fasst und wieder investieren will. Das sei die beste Voraussetzung „für einen kraftvollen wirtschaftlichen Neustart nach der Pandemie“. Mit der Förderung durch das Programm „Neustart Niedersachsen“ sei es möglich, Investitionen in einer Gesamthöhe von bis zu drei Milliarden Euro Investitionen in Niedersachsen auszulösen.

## Städtetag macht Druck: Bis März muss uns das Land gegen leere Innenstädte helfen

Gestern ist der Niedersächsische Städtetag (NST) vorgeprescht, am 25. Februar will der Städte- und Gemeindebund (NSGB), der weniger die Großstädte und mehr kleine Kommunen vertritt, nachlegen: Die Landesregierung solle zügig, und zwar in den kommenden zwei Wochen, ein Konzept für die Förderung der Innenstädte auf den Tisch legen. „Wenn wir davon ausgehen, dass im März die Geschäfte wieder öffnen können, dann müssen wir jetzt umgehend Unterstützung bekommen“, betonte Ulrich Mädge, Lüneburger Oberbürgermeister und Präsident des NST. Das Land müsse den Kommunen dabei helfen, die Folgen der Corona-Krise für den Einzelhandel zu bewältigen. „Gehen Sie derzeit durch die Fußgängerzonen, so treffen Sie auf weinende Verkäuferinnen und Geschäftsbetreiber.“ Sein Vizepräsident Frank Klingebiel, Oberbürgermeister von Salzgitter, fügte hinzu: „Wir brauchen das Geld im März, andernfalls können wir nur noch reihenweise Ladenschließungen verkünden.“

Der Städtetag schlägt in einem Positionspapier „mindestens 70 Millionen Euro“ als sofort verfügbare Mittel vor. Dabei stützt er sich auf eine Aussage von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, bundesweit 500 Millionen Euro bereitstellen zu wollen. Der Niedersachsen-Anteil daran, der auf 50 Millionen Euro geschätzt wird, kann laut Mädge durch „eigene kommunale Anteile aufgestockt“ werden. Ob er damit eine Beteiligung im kommunalen Finanzausgleich meint, ließ er offen. Das Geld solle „nicht mit der Gießkanne verteilt“, sondern an Sonderbedingungen geknüpft werden. Das schließt eine Verteilung nur nach Einwohnerzahl aus. Den Verteilungsmechanismus sollten Kommunalverbände und Landesregierung aushandeln. Der NST hat Vorstellungen, wo Schwerpunkte gesetzt werden könnten:

**Erwerb leerer Immobilien:** Kommunen sollen in die Lage versetzt werden, leerstehende Geschäfte anzumieten und diese dann günstiger an neue Nutzer weiterzuvermieten. Die Bedingungen sollten „einfach und unbürokratisch“ sein. Kommunen sollten leere Geschäfte in der Größe bis 300 Quadratmeter bis zu zwei Jahre lang halten können. Für größere Kaufhäuser solle das Land den Kommunen eine Nutzungsstudie finanzieren.

**Grundstücksfonds:** Das Land soll einen 100-Millionen-Euro-Fonds für den Grundstückerwerb auflegen, aus dem kommunaler Flächenerwerb unterstützt wird. Auch soll das Land einspringen und selbst vorübergehend Grundstücke kaufen. NLG oder Landesliegenschaftsfonds könnten aktiv werden. Das Programm „Zukunftsräume“, das die Unterstützung für mittlere Städte vorsieht, sei mit 2,5 Millionen Euro zu knapp bemessen und solle aufgestockt werden.



**City-Manager:** Externe Berater und Innenstadtmanager, die etwa „als Dolmetscher zwischen Stadt und Immobilienwirtschaft“ agieren, sollten finanziell vom Land gefördert werden. Die Innenstadtmanager seien in „Mittel- und Oberzentren“ sinnvoll, also nicht in kleineren Kommunen. Auch eine stärkere Vermarktung lokaler Produkte könne ein Schwerpunkt der Beratung sein, ebenso die Verbindung von Kultur, Sport und anderen Nutzungen.

**Wohnen in der Innenstadt:** Damit auch in leeren Geschäften in Fußgängerzonen neue Wohnungen geschaffen werden können, wird die im Bund erwogene Ausnahmebestimmung von der TA Lärm vom NST unterstützt. Bisher seien die Immissionsregeln zu restriktiv.

**Sonntagsverkauf und digitale Angebote:** Die Sonntagsöffnung der Geschäfte wird gefordert, die Digitalisierung der Läden soll verstärkt werden – etwa mit Zuschüssen von bis zu 2500 Euro für eine gezielte Beratung.

**Lieferverkehr eindämmen:** Der NST will Online-Dienste verpflichten, ihre Pakete in zentralen Lagern am Stadtrand abzugeben. Ein von der Stadt organisierter Dienst, den die Paketdienste bezahlen sollen, solle die Waren dann mit Lastenrädern oder E-Autos direkt zu den Kunden bringen.

Wirtschaftsminister Bernd Althusmann sagte, auch die bessere Erreichbarkeit der Innenstädte, der Ausbau von ÖPNV und E-Mobilität seien wichtig. Was die Sonntagsöffnung angehe, setze er auf eine Einigung mit den Gewerkschaften über fortgesetzte Ausnahmeregelungen. Bauminister Olaf Lies erklärte, auch „die Entsiegelung und mehr Grün“ müsse ein Ziel für die Umgestaltung der Innenstädte sein. In einem zweiten Schritt gehe es dann auch um das Städtebauförderungsprogramm des Bundes, in dem jährlich 120 Millionen Euro bereit stünden. Die bisherigen Antragsregeln seien aber „viel zu kompliziert und zu langwierig“. „Wir haben dazu nicht zehn Jahre Zeit“, betonte Lies.

## Wer für diesen Staat steht, muss sich häufig Respektlosigkeiten gefallen lassen



Die Helfer brauchen beim Einsatz immer häufiger selbst Hilfe.

Von Niklas Kleinwächter

Berichte über Drohungen, Beleidigungen oder Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger, Polizisten oder Feuerwehrleute reißen nicht ab. Man muss gar nicht weit zurückschauen, um Beispiele dafür zu finden: Erst am vergangenen Wochenende musste die Freiwillige Feuerwehr im Südbrookmerland (Kreis Aurich) die Zufahrt zum „Großen Meer“ absperrern, weil sich zahlreiche Besucher auf das viel zu dünne Eis begeben wollten. Zum Dank wurden sie von den Passanten beschimpft und bedroht. Auch wurde ihnen vorgehalten, sie würden Corona-Schutzmaßnahmen umsetzen, was gar nicht der Fall gewesen ist. Am selben Wochenende hat sich in Braunschweig ein Feuerwehrmann, der gerufen worden war, um Eiszapfen von einem Dach zu entfernen, nur durch Wegschubsen gegen Querulanten wehren können. Von diesen beiden

Fällen berichtet Karl-Heinz Banse, Präsident des niedersächsischen Feuerwehrverbands. Seine Organisation hat eine Umfrage zu Gewalt gegen die Freiwillige Feuerwehr erstellen lassen. „Die Ergebnisse übertreffen unsere Befürchtungen“, meint Banse. Die Respektlosigkeit nehme offensichtlich immer weiter zu.

Die niedersächsische Feuerwehr-Unfallkasse (FUK) hat im zurückliegenden Oktober und November rund 3000 ehrenamtliche Feuerwehrleute in Niedersachsen befragt. Ein Drittel der aktiven Einsatzkräften gab an, in den vergangenen zwei Jahren während des Dienstes schon einmal körperlich oder verbal angegriffen worden zu sein. Zehn Prozent der Befragten seien zudem bereits mit einem Gegenstand wie beispielsweise einer Waffe bedroht worden, erklärte Thomas Wittschurky, Geschäftsführer der FUK Niedersachsen. Anders als die Auftraggeber der Studie vermutet hatten, handelte es sich in den meisten Fällen um Einzelpersonen, die auffällig geworden sind. Bei 85 Prozent der genannten Ereignisse agierten die Täter demnach allein. Die Annahme, dass gruppendynamische



Prozesse wie das gegenseitige Aufwiegeln und Anstacheln zu Gewalttaten führen, lasse sich demnach aus den Studienergebnissen also nicht ableiten. Auch spielten Alkohol- und Drogenkonsum wider Erwarten kaum eine Rolle. Vielmehr fiel es auf, dass die Feuerwehrleute häufig wegen Bagatellen beschimpft wurden – etwa, weil das Martinshorn zu laut gewesen sei oder weil sie vermeintlich im Weg gestanden hätten. In 137 Fällen sei es zu Auseinandersetzungen gekommen, weil die Feuerwehr beispielsweise wegen eines Häuserbrands eine Straße absperren musste. Häufig brachen die uneinsichtigen Anwohner dann dennoch mit ihren Autos durch die Absperrung, berichtete FUK-Geschäftsführer Wittschurky. In 87 Fällen seien die Feuerwehrleute dabei nur knapp nicht an- oder umgefahren, in 25 Situationen sei es aber doch dazu gekommen. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) zeigte sich entsetzt angesichts der konkreten Fälle. Es offenbare sich, dass immer mehr Menschen nicht einmal einfache Einschränkungen hinnehmen wollen. Pistorius sprach von einer „merkwürdigen Anspruchshaltung“ sowie einem „absurden und asozialen Verhalten“.



Wir müssen der Strafverschärfung nun erst einmal Zeit geben, um zu wirken.

Ähnlich besorgniserregend sind die Zahlen, die aus einer internen Auswertung des niedersächsischen Justizministeriums hervorgehen. Laut dieser Aufstellung, die dem Politikjournal Rundblick vorliegt, hat es im vergangenen Jahr insgesamt 188 Übergriffe auf Mitarbeiter der niedersächsischen Justiz gegeben. In den weitaus meisten Fällen handelte es sich dabei um Beleidigungen, in Summe 116-mal haben die Justizbehörden diese registriert. Bedroht wurden Mitarbeiter der Justiz in 65 Fällen, tätliche Angriffe gab es sieben. Die einzelnen Vorkommnisse seien dabei so verschieden wie erschreckend, berichtete Ministeriumssprecher Christian Lauenstein. So wurden beispielsweise Richter mit dem Tode bedroht. Beleidigungen seien sowohl per Brief oder E-Mail eingegangen als auch persönlich vor Ort ausgesprochen worden. In Briefen und Paketen seien aber nicht immer nur böse Worte zu finden gewesen, sondern auch Kot oder Unrat, der an die Justiz adressiert war. Bei Einlasskontrollen wurden Butterfly-Messer, Schlagringe und Schlagstöcke, Elektroschocker und sogar eine Garotte beschlagnahmt. Mehrfach seien sogar Bombendrohungen ausgesprochen worden. „Es war schon immer so, dass die Justiz als Projektionsfläche von Aggressionen herhalten musste. Aber die Zahl und die Intensität der Übergriffe nimmt zu, das ist leider so“, erklärte Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza (CDU) gegenüber dem Politikjournal Rundblick. Umso wichtiger sei es deshalb, ein klares Bild von der Lage zu haben, und deutlich zu machen, dass die Justiz derartige Übergriffe nicht dulde und nicht tatenlos zusehe, meint die Ministerin. Auf Bundesebene hat Havliza daher auf den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität Einfluss genommen. In dem Gesetz, das vor kurzem vom Bundestag verabschiedet wurde, findet sich nun auch eine Verschärfung des Bedrohungstatbestandes.

Die Forderung nach härteren Sanktionen, die immerhin jeder fünfte Befragte in der FUK-Umfrage unterstützte, teilen deshalb weder Innenminister Pistorius noch der Feuerwehrverbands-Präsident Banse. „Wir müssen der Strafverschärfung nun erst einmal Zeit geben, um zu wirken“, meint Pistorius. Banse setzt sich zudem dafür ein, dass es einen Rechtshilfefonds für die Betroffenen geben sollte. Es sei zwar so, dass die Kommunen in jenen Fällen für den Rechtsbeistand aufkommen, in denen die Feuerwehrleute angeklagt werden. Wenn diese aber selber Kläger sind beziehungsweise nur als Zeugen auftreten, stünden sie häufig allein da. An einer konkreten Hilfe für die Betroffenen arbeitet die FUK außerdem gemeinsam mit dem neuen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz. Ein einheitliches, aber dezentrales Deeskalationstraining soll den Feuerwehrleuten mehr Sicherheit geben. Wittschurky und Banse stützen sich dabei auch auf die Ergebnisse der Umfrage. Demnach behaupten zwar rund 60 Prozent der Befragten, sie hätten die Situation nicht vorhersehen können, und 40 Prozent sind davon überzeugt, in der jeweiligen Situation richtig gehandelt zu haben. 60 Prozent gestanden aber auch ein, sich nicht ausreichend deeskalierend verhalten zu haben.

## **Havliza setzt auf handfeste Sicherheitsvorkehrungen**

In Niedersachsens Justiz setzt Ministerin Havliza derzeit auf ganz handfeste Sicherheitsvorkehrungen. Seit drei Jahren arbeite das Ministerium daran, „dass die Justizbehörden in Niedersachsen in der Lage sind, in den Gebäuden größtmögliche Sicherheit herzustellen“, sagte Havliza dem Politikjournal Rundblick. Nach und nach werden die baulichen Sicherheitsvorkehrungen nun hochgefahren. Bei der Staatsanwaltschaft Oldenburg und beim Amtsgericht Hameln habe man im vergangenen Jahr umfangreiche Umbauarbeiten in den Eingangsbereichen abschließen können, berichtet das Ministerium. Als nächstes sind die Amtsgerichte Braunschweig, Hann. Münden, Norden, Uelzen und Wolfsburg sowie das Landgericht Braunschweig an der Reihe. Die Koalitionsfraktionen haben zudem für dieses Jahr über die politische Liste zusätzliche Gelder für Umbauten am Landessozialgericht in Celle, bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück und beim Landgericht Oldenburg bereitgestellt

Auch personell musste aufgestockt werden: Seit 2019 wurden vom Land 52 neue Stellen im Justizwachtmeisterdienst eingerichtet. Rund 1,6 Millionen Euro wurden zudem landesweit in neue Sicherheitstechnik investiert. Dazu zählen unter anderem Gepäckscanner, Alarmgeräte, elektronische Schließanlagen, Metalldetektorrahmen, Sicherheitsscheiben und Videoüberwachungsanlagen, die in den Justizgebäuden installiert wurden. Nach einer Pilotphase an mehreren Amts- und Landgerichten wird nun der sogenannte „stille Alarm“ landesweit eingeführt. Ähnliches soll für Justiz-Bedienstete im Außendienst ausprobiert werden. Mit mobilen Alarmierungsgeräten soll in Gefahrenlagen schnell und unauffällig Hilfe herbeigerufen werden können. Langfristig könnte dann auch diese Technik dann im gesamten Land Anwendung finden.

## Personen & Positionen



**Jochen Köckler**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Messe AG, schlägt mit dem Unternehmen nach eigenen Worten ein neues Kapitel auf. Die Deutsche Telekom stattet das gesamte, 1,4 Millionen Quadratmeter große Messegelände in Hannover mit dem superschnellen Mobilfunkstandard 5G aus. In einer Phase, in der es fast ein Berufsverbot gebe, mache man sich bereit, um bessere technologische Voraussetzungen zu schaffen, erklärte Köckler am Dienstag. Unternehmen könnten das Netz auf dem Messegelände nutzen, um Neues auszuprobieren. Dafür baut Siemens eine 5G-Netzwerk-Infrastruktur auf, die sowohl während laufender

Messen als auch außerhalb der Messetermine von Ausstellern und Unternehmen für Feldversuche genutzt werden kann. Die Investitionssumme liege bei rund elf Millionen Euro, erklärte Köckler. Für Wirtschaftsminister Bernd Althusmann wird mit dem 5G-Ausbau in Hannover ein Stück Geschichte geschrieben. Der Ausbau in der Krise sei das richtige Signal.

**Victor Perli**, Linken-Bundestagsabgeordneter, fordert einen Abbruch der weiteren Planung für das Atommüll-Zwischenlager in Remlingen (Landkreis Wolfenbüttel). Bei einem Spitzengespräch am vergangenen Freitag, an dem Bundesumwelt-Staatssekretär Jochen Flasbarth, Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und Vertreter der Asse-Begleitgruppe teilgenommen hatten, wurde beschlossen, die Entscheidung für ein Zwischenlager an der Asse bis zum Sommer durch ein Expertengremium überprüfen zu lassen. Perli sieht das Gespräch als Erfolg: „Der Druck aus unserer Region hat gewirkt. Wir haben wieder einen Fuß in der Tür, um ein unfaires Zwischenlager an der Asse zu verhindern“, erklärte er am Dienstag. Glaubwürdig sei die Bundesregierung aber nur, wenn sie nun keine weiteren Fakten schaffe, so der Linken-Politiker weiter.

**Ernst August Prinz von Hannover** zieht vor das Landgericht Hannover, weil er das seinem gleichnamigen Sohn geschenkte Schloss Marienburg (Pattensen in der Region Hannover) zurückhaben möchte. Das Landgericht teilte gestern mit, dass nunmehr eine Klageschrift zugestellt wurde. Der Junior wollte das Schloss für einen Euro an das Land Niedersachsen veräußern, der Streit zwischen Vater und Sohn beendete dann aber die Hoffnung auf einen raschen Vollzug der Vereinbarung.

**Heiger Scholz**, Leiter des Corona-Krisenstabes der Landesregierung, hat eine veränderte Ansprache der nächsten Gruppe von Personen angekündigt, die zur Impfung eingeladen werden. Wenn nach Ostern die erste Gruppe der über 80-Jährigen die Aktion überstanden hat und die nächste Gruppe an



der Reihe ist, wolle man womöglich kleinere Teilgruppen gezielt ansprechen – um einen Ansturm auf eine Hotline oder ein Online-Portal (wie geschehen) zu vermeiden. In der Gruppe der 70- bis 80-Jährigen solle auch noch mal zwischen jüngeren und älteren differenziert werden. Überrascht ist der Krisenstab, dass der Astra-Zenica-Impfstoff, der für Menschen unter 65 verwendet werden soll, doch häufig Nebenwirkungen zeigt (Kopfschmerzen, Fieber oder Gliederschmerzen einen Tag nach der Impfung).

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER



Drei Quellen-Mediengruppe GmbH  
Schiffgraben 36, 30175 Hannover  
Telefon (0511) 13 22 29 43  
Telefax (0511) 13 22 29 58  
info@drei-quellen-mediengruppe.de  
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt  
Registergericht: Amtsgericht Hannover  
Registernummer: HRB 5784

### CHEFREDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur V.i.S.d.P.)  
Martin Brüning (Chefredakteur Neue Medien,  
Leiter Redaktionsmanagement)  
Marktstraße 45, 30159 Hannover  
Telefon (0511) 13 22 29 40  
Telefax (05 11) 13 22 29 59  
redaktion@rundblick-niedersachsen.de  
www.rundblick-niedersachsen.de

### SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada  
Telefon (0511) 13 22 29 55  
Telefax (0511) 13 22 29 58  
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,  
Z.-Nr. H 2871,  
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich